

Pressemitteilung

Bundesländer-Ranking

Einsatz gegen Hass im Netz im Ländervergleich: Letzte Plätze für Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein Campact: Erste bundesweite Vergleichsstudie “#KeinNetzfürHass”

Verden/Jena/Schwerin/Kiel, 24. März 2021. In der ersten bundesweiten Vergleichsstudie der Maßnahmen, die die Bundesländer gegen Hass im Netz ergreifen, landen Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein gleichauf auf dem letzten Platz. Die Spitze des Länderrankings bilden Bayern, Berlin und Nordrhein-Westfalen. Die Studie untersucht erstmals, wie die Bundesländer gegen Hass im Netz vorgehen. Dafür wurden die Ministerien aller 16 Bundesländer zu bestehenden sowie geplanten Aktivitäten befragt. Die Studie “#KeinNetzfürHass” wurde im Auftrag der Demokratie-Stiftung Campact und der Amadeu Antonio Stiftung vom Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) Jena durchgeführt. Berücksichtigt sind Maßnahmen bis Sommer 2020.

Victoria Gulde, Koordinatorin der Studie bei Campact: “Der Norden hinkt im Vergleich hinterher. Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein vernachlässigen beide den Kampf gegen Hate Speech.” So hatte beispielsweise keines der beiden Bundesländer im Untersuchungszeitraum eine vom Land beauftragte Person für Hasskriminalität im Netz.

In Mecklenburg-Vorpommern fehlen laut der Studie Strukturen, die auf die Ermittlung gegen Hass im Netz spezialisiert sind. Die Polizei in Mecklenburg-Vorpommern suche nicht eigeninitiativ nach strafrechtlich relevanten Äußerungen im Netz. Auch in der Polizeiausbildung fehle die systematische Auseinandersetzung mit dem Thema Hate Speech im Internet. Positiv dagegen hebt die Studie die Förderung von Bildungsangeboten für Fachkräfte sowie für Kinder und Jugendliche im außerschulischen Bereich hervor. Ebenso betont die Studie das viele Einzelmaßnahmen umfassende Projekt “Helden statt Trolle”. Dabei handelt es sich um ein gemeinsam von der Landeszentrale für Politische Bildung und dem Landeskriminalamt verantwortetes Programm.

In Schleswig-Holstein ist die “Zentralstelle Rassismus, Antisemitismus und Hasskriminalität” bei der Generalstaatsanwaltschaft positiv gewertet worden. Zwar arbeiteten noch keine Staatsanwältinnen und Staatsanwälte schwerpunktmäßig an Fällen von Hass im Netz, doch wurde für den Bereich Justiz bereits eine Person für das Themenfeld beauftragt und spezielle Strafverfolgungsstrukturen waren in Planung. Nachholbedarf besteht in Schleswig-Holstein insbesondere bei der polizeilichen Ermittlung gegen Hass im Netz: So sucht die Polizei nicht proaktiv nach strafbaren Äußerungen im Netz, gibt es keine dauerhafte Ermittlungsgruppe in diesem Bereich und fehlen Weiterbildungsangebote für Polizist*innen. Zwar wurde angegeben, dass die Online-Wache in Schleswig-Holstein alle Strafanzeigen entgegennimmt. Anonyme Meldungen oder das Mitsenden von Bilddateien, die das Vergehen dokumentieren, waren jedoch anders als in etlichen anderen Bundesländern nach Auskunft des zuständigen Ministeriums in Kiel nicht möglich.

Matthias Quent, Direktor des IDZ: “Die durchgeführte Studie zeigt, dass überall in Deutschland

neue Strukturen zur Bekämpfung von Hate Speech entstehen. Sie zeigt aber auch, dass viele Länder im Kampf gegen Hass im Netz erst am Anfang stehen - es bleibt viel zu tun."

Weitere Informationen für Redaktionen:

Gesamte Studie zum Download:

<https://www.campact.de/hate-speech/bundeslaender-ranking/>.

Die Übersichtskarte mit dem Länderranking finden Sie auf Seite 12.

Zur Studie verschicken wir jeweils Bundesland-Varianten dieser Presseinformation an die jeweiligen Redaktionen; etwaige Doppelsendungen bitten wir zu entschuldigen. Basis ist immer die Studie "#KeinNetzFürHass." Hessen hat den Fragebogen nicht beantwortet. Stichtag war der 30. Juni 2020.

Pressekontakt:

Clara Koschies, Pressestelle Campact e.V., presse@campact.de, Tel. 0171 - 4890455

Victoria Gulde, Koordinatorin der Studie, gulde@campact.de, Tel. 0151 - 11167935